

Staatsekretariat für Wirtschaft (SECO)
Holzikofenweg 36
3003 Bern

Per Email: wp-sekretariat@seco.admin.ch

Basel, 16. Dezember 2025

Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten»

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten» (23.462)

Der Dachverband metal.suisse fördert die Stahl-, Metall- und Fassadenbauweise in der Schweiz und setzt sich für den Materialkreislauf der metallischen Werkstoffe ein. Der Verband ist überzeugt, mit seiner Bauweise und seinen Materialien einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz leisten zu können. So sind Recyclingmaterialien heute Standard und der Verband fördert Konzepte der Weiter- und Wiederverwendung von Gebäuden und Bauteilen und unterstützt deren Umsetzung.

metal.suisse begrüßt grundsätzlich das vorliegende Gesetz und damit die Vorlage der Kommissionsmehrheit. Als Unternehmen des Bundes mit Monopolstellung sollte sich die Post auf die Erfüllung ihres Kernauftrags im Bereich des Service Public fokussieren. Mit der starken Fokussierung auf die Post bei der Umsetzung der parlamentarischen Initiative wurde jedoch eine Chance verpasst, da ähnliche Einschränkungen auch bei anderen Staatsbetrieben mit Monopolstellung wünschenswert wären.

metal.suisse befürwortet die Mehrheitsvorlage der Kommission. Staatliche Unternehmen mit Monopolstellung wie die Post sind für die Erfüllung einer öffentlichen Dienstleistung zentral. Engagieren sich diese Unternehmen jedoch auch in Bereichen mit genügend privaten Anbietern, wie etwa in der Baulogistik, würde schnell der Eindruck eines quersubventionierten Angebots entstehen. Eine Konkurrenzsituation zwischen Bundesunternehmen und Firmen aus der Privatwirtschaft ist abzulehnen und auf ein Minimum zu begrenzen.

Gerade deshalb sieht metal.suisse in der vorliegenden Umsetzung eine verpasste Chance. Die parlamentarische Initiative Grossen hätte bei der Umsetzung auch auf andere staatliche und

bundesnahe Unternehmen ausgeweitet werden können. Neben der Post gibt es noch andere Bundesbetriebe, welche eine Monopolstellung in ihrem Dienstleistungsbereich haben und sich gleichzeitig in Märkten beteiligen, in denen auch private Akteure aktiv sind. Hier hätte man breiter ansetzen können und den generellen Fussabdruck von Bundesunternehmen minimieren können.

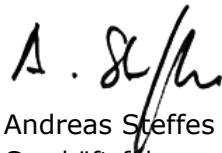
Zusammenfassend spricht sich metal.suisse für die Umsetzung der Kommissionsmehrheit aus, würde jedoch auch eine Ausweitung auf andere Service-Public-Akteure begrüßen.

Wir danken für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Argumente und stehen für etwaige Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Diana Gutjahr
Präsidentin



Andreas Steffes
Geschäftsführer